

Entwurf Dienstleistungsvertrag

Der/die XXX

- nachstehend "Auftraggeber" genannt -

und

die/der <XX>

- nachstehend "Auftragnehmer" genannt -

schließen folgenden

Vertrag über die Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen

Soweit der nachfolgende Text Leerstellen, auszufüllende Passagen oder Stellen enthält, welche farblich oder mit einem „X“ gekennzeichnet sind, werden diese Passagen bei Endausfertigung des Vertrages nach den Ergebnissen der Verhandlungen vervollständigt.

§ 1

Gegenstand des Vertrags

1. Der Auftragnehmer übernimmt als beauftragter Dritter im Sinne des § 22 KrWG für den Auftraggeber die Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen aus dem Gebiet <XX>. Zum Leistungsgegenstand gehört auch die Entsorgung/ Vermarktung der bei der Behandlung/Verwertung anfallenden Outputfraktionen (Behandlungsreste, Wertstoffe usw.).

Die leistungsgegenständlichen Abfälle werden dem Auftragnehmer vom Auftraggeber bzw. einem von diesem beauftragten Dritten (auf Kosten des Auftraggebers) an die Entsorgungsanlage des Auftragnehmers angeliefert.

2. Grundlage für die Leistungserbringung sind die Bestimmungen dieses Vertrags, die Leistungsbeschreibung, das Angebot des Auftragnehmers vom TT.MM.JJJJ sowie der Verfahrensleitfaden entsprechend den Vergabeunterlagen [und der/den allgemeinen Bieterinformation(en) sowie den Ergänzungen und Aufklärungen zum Angebot]. Ergänzend gelten die Bestimmungen der VOL/B in der Fassung vom 05. August 2003 sowie die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die des BGB. Für den Fall von Widersprüchen gelten nacheinander dieser Vertrag, die Leistungsbeschreibung, das Angebot einschließlich Anhänge und im Übrigen § 1 Nr. 2 lit. b) bis lit. f) VOL/B.

§ 2

Rechte und Pflichten des Auftragnehmers

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sämtliche zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen Maßnahmen durchzuführen bzw. die Durchführung zu gewährleisten. Die erforderlichen Maßnahmen ergeben sich aus diesem Vertrag, der Leistungsbeschreibung und dem Angebot. Die Anforderungen aus den nachfolgenden Absätzen gelten auch für die Leistungserbringung durch Unterauftragnehmer.
2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die technischen Voraussetzungen für die Leistungserbringung zu schaffen und die erforderlichen technischen Einrichtungen zu stellen. Der Auftragnehmer hat ferner das für die Leistungserbringung erforderliche sach- und fachkundige Personal zu stellen und fachlich zu schulen.
3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Tätigkeit so zu gestalten, dass eine den vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Leistungserbringung und eine möglichst umgehende Mängelbeseitigung möglich sind.
4. Um eine fortlaufende Qualitätssicherung der Entsorgungsdienstleistungen zu gewährleisten, verpflichtet sich der Auftragnehmer, sich Qualitätssicherungsverfahren im Sinne der Entsorgungsfachbetriebsverordnung für die im Rahmen

der Eignungsprüfung genannten Tätigkeiten, Abfallarten und Standorte zu unterziehen und die Zertifizierung regelmäßig - entsprechend der diesbezüglichen Vorgaben - zu wiederholen und aufrecht zu erhalten. Auf Anforderung hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Erfüllung dieser Pflichten nachzuweisen.

5. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber zu Kontrollzwecken auf Verlangen Zugang zur Behandlungs-/Verwertungsanlage ein. Der Auftraggeber ist nach Anmeldung am vorherigen Werktag zum Betreten der Anlage berechtigt.
6. Die Durchführung der Leistung gemäß § 1 Abs. 1 sowie weitergehende Pflichten des Auftragnehmers sind in der Leistungsbeschreibung geregelt, die vollumfänglich Inhalt des Vertrages ist.
7. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Behandlung/Verwertung der vom Auftraggeber bereitgestellten Abfälle jederzeit entsprechend den in der Leistungsbeschreibung definierten Anforderungen abzusichern.

Konkrete Regelungen werden entsprechend den Verhandlungen mit den Bietern getroffen. Es wird auf Ziffer 5.3 lit. a) des Verfahrensleitfadens verwiesen.

8. *Sofern relevant:* Der Auftragnehmer sichert zu, dass die Energieeffizienz der auftragsgegenständlich eingesetzten Entsorgungsanlage(n) pro Kalenderjahr (gewichtet über die pro Anlage behandelten/verwerteten leistungsgegenständlichen Abfallmengen) einen R1-Wert von <X> nicht unterschreiten wird. Zur Anwendung dieser Regelung wird auf die Vergabeunterlagen, insbesondere Ziffer 5.5 des Verfahrensleitfadens, verwiesen.
9. Der Auftragnehmer benennt spätestens nach Vertragsschluss einen festen deutschsprachigen Ansprechpartner sowie einen deutschsprachigen Vertreter für alle Belange der Leistungsdurchführung.

§ 3

Rechte und Pflichten des Auftraggebers

1. Der Auftraggeber ist berechtigt, die dem Auftragnehmer übertragenen Aufgaben zu überwachen und notwendige Anordnungen zu treffen. Der Auftraggeber

benennt spätestens nach Vertragsschluss einen festen deutschsprachigen Ansprechpartner sowie einen deutschsprachigen Vertreter für alle Belange der Leistungsdurchführung.

2. Der Auftraggeber verpflichtet sich, dem Auftragnehmer die gemäß Leistungsbeschreibung zugesicherten Abfälle <es wird auf Ziffer 5.3 lit. b) des Verfahrensleitfadens verwiesen> zu überlassen.
3. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung des vom Auftragnehmer gemäß § 2 Abs. 8 zugesicherten R1-Wertes zu kontrollieren. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber dazu Zugang zu allen in diesem Zusammenhang relevanten Daten und Informationen zu gewähren sowie Kopien/Ausdrucke der Daten und Informationen in Papierform oder elektronisch zu überlassen.

Der Auftraggeber kann seine Kontrollrechte auch durch eine von ihm zu bestimmende Wirtschaftsprüfungs- oder Beratungsgesellschaft ausüben. In diesem Fall wird der Auftragnehmer dieser Wirtschaftsprüfungs- oder Beratungsgesellschaft die gleichen Einsichts- und Zugangsrechte gewähren wie dem Auftraggeber und dieser die notwendigen und zweckdienlichen Auskünfte unverzüglich erteilen sowie dieser Kopien/ Ausdrucke der Daten und Informationen unverzüglich überlassen.

Die Kosten für die Überprüfung trägt der Auftragnehmer, wenn die Prüfung eine Verletzung des § 2 Abs. 8 dieses Vertrags ergibt. Hat der Auftragnehmer die Verletzung nicht zu vertreten oder liegt keine Verletzung vor, gehen die Kosten für die Überprüfung zu Lasten des Auftraggebers.

§ 4

Erteilung von Unteraufträgen an Dritte

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, spätestens bei Beginn der Auftragsausführung die Namen, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter seiner Unterauftragnehmer und jede im Rahmen der Auftragsausführung eintretende Änderung auf der Ebene der Unterauftragnehmer dem Auftraggeber mitzuteilen.
2. Der Auftragnehmer darf sich nur mit vorheriger Zustimmung in Textform des Auftraggebers anderer Unterauftragnehmer als der, die er bereits im Rahmen des Vergabeverfahrens benannt hat, bedienen.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber vor der Unterbeauftragung Art und Leistungen sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft des zusätzlichen Unterauftragnehmers schriftlich bekannt zu geben. Der Auftraggeber macht die Zustimmung zur nachträglichen Einschaltung von Unterauftragnehmern von einer vorherigen Prüfung des Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und der Eignung abhängig und verlangt hierzu die Vorlage entsprechender Nachweise.

3. Der Auftragnehmer haftet für die Einhaltung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag auch für den Unterauftragnehmer und dessen Personal im vollen Umfang, ungeachtet etwaiger Regelungen im Unterbeauftragungsvertrag.

§ 5

Verkehrssicherungspflicht, Haftung

1. Die Verkehrssicherungspflicht und das Eigentum an den Abfällen geht mit der Übernahme der Abfälle am Anlieferort auf den Auftragnehmer über.
2. Die Haftung richtet sich, soweit in den Absätzen 3 bis 5 nichts anderes bestimmt ist, nach den gesetzlichen Bestimmungen.
3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zum Abschluss folgender Versicherungen:
 - Betriebshaftpflichtversicherung
mit einer Deckungssumme pro Schadensfall von mindestens <XX> € für Personen- und Sachschäden und <XX> € für Vermögensschäden für mindestens zwei Schadensfälle pro Kalenderjahr (zweifach maximiert),
 - Umwelthaftpflichtversicherung
mit einer Deckungssumme pro Schadensfall von mindestens <XX> € Euro für Personen- und Sachschäden und <XX> € für Vermögensschäden für mindestens zwei Schadensfälle pro Kalenderjahr (zweifach maximiert),
 - Umweltschadensversicherung
mit einer Deckungssumme pro Schadensfall von mindestens <XX> € Euro versicherte Schäden für mindestens zwei Schadensfälle pro Kalenderjahr (zweifach maximiert).

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die vorgenannten Versicherungen für die Laufzeit dieses Vertrages aufrechtzuerhalten. Die Versicherungen sind dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

4. Wird der Auftraggeber von Dritten wegen Schäden, die bei der Vertragserfüllung vom Auftragnehmer verursacht worden waren, erfolgreich in Anspruch genommen, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber freizustellen.
5. Der Auftragnehmer haftet nicht für Eingriffe in die regelmäßige Arbeitsleistung durch höhere Gewalt wie insbesondere Krieg, kriegsähnliche Ereignisse, Pandemien und Naturkatastrophen.
6. Führt der Auftragnehmer aus einem Grund, den er zu vertreten hat, die Leistung ganz oder teilweise nicht durch, kann der Auftraggeber nach erfolglosem Ablauf einer von ihm gesetzten angemessenen Nachfrist die Leistungen in eigener Regie oder von Dritten ausführen lassen. Die hierbei entstehenden Kosten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber zu erstatten.

§ 6

Leistungsentgelte, Preisanpassung

1. Der Auftragnehmer erhält vom Auftraggeber für die vertragsgemäße Erbringung der Leistung nachfolgendes Nettoentgelt, zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer:

mengenabhängiges Entgelt pro behandelter/verwerteter t _____ €/t

Maßgeblich für die Ermittlung des Entgeltes sind die Wiegedaten der Behandlungs-/ Verwertungsanlage (Input-Verwiegung).

2. Das Behandlungs-/Verwertungsentgelt gemäß Absatz 1 kann kalenderjährlich zum 01.01. (bzw. zum 01.06.2030 im ersten Vertragsjahr) entsprechend der nachfolgenden Preisgleitklausel angepasst werden:

$$E_n = E_0 \times \left[a + b \times \frac{P}{P_0} + c \times \frac{M}{M_0} + d \times \frac{S}{S_0} + e \times \frac{F}{F_0} \right]$$

E_n = Entgelt neu

E_0 = Entgelt Basisjahr (lt. Angebot)

- P = Index Personalkosten des jeweiligen Jahres
(Mittelwert der Indizes von Juli Vorjahr bis Juni lfd. Jahr)
- P₀ = Index Personalkosten Basisjahr
(Mittelwert der Indizes von Juli 2025 bis Juni 2026)
- M = Index Maschinenbauerzeugnisse des jeweiligen Jahres
(Mittelwert der Indizes von Juli Vorjahr bis Juni lfd. Jahr)
- M₀ = Index Maschinenbauerzeugnisse Basisjahr
(Mittelwert der Indizes von Juli 2025 bis Juni 2026)
- S = Index elektrischer Strom (Einspeisung) des jeweiligen Jahres
(Mittelwert der Indizes von Juli Vorjahr bis Juni lfd. Jahr)
- S₀ = Index elektrischer Strom (Einspeisung) Basisjahr
(Mittelwert der Indizes von Juli 2025 bis Juni 2026)
- F = Index Fernwärme (Einspeisung) des jeweiligen Jahres
(Mittelwert der Indizes von Juli Vorjahr bis Juni lfd. Jahr)
- F₀ = Index Fernwärme (Einspeisung) Basisjahr
(Mittelwert der Indizes von Juli 2025 bis Juni 2026)
- a = Gewichtung (%) ohne Veränderung
- b = Gewichtung (%) Personalkosten
- c = Gewichtung (%) Maschinenbauerzeugnisse
- d = Gewichtung (%) Elektrischer Strom
- e = Gewichtung (%) Fernwärme

Beispiel:

Der Indexstand des jeweiligen Jahres im Hinblick auf eine Anpassung für das Jahr 2030 (erstmalige Anpassung und Anzeige bis zum 30. September 2029) ermittelt sich somit auf der Grundlage der Mittelwerte der Indizes vom Juli 2028 bis Juni 2029.

Die jährliche Anpassung der Entgelte muss vom Auftraggeber oder vom Auftragnehmer bis zum 30. September des laufenden Jahres (erstmalig bis zum 30. September 2029) für das Folgejahr beim jeweils anderen Vertragspartner angezeigt werden. Erfolgt eine entsprechende Anzeige nicht, gelten die für das laufende Jahr festgelegten Entgelte (für das Jahr 2030 die angebotenen Entgelte) weiter.

Ergibt sich eine Veränderung des jeweiligen Entgeltes von weniger als 2,0 % gegenüber dem laufenden Entgelt, so kommt die Preisgleitklausel nicht zur Anwendung (Bagatellklausel), d. h. es gelten die für das laufende Jahr festgelegten Entgelte (für das Jahr 2030 die angebotenen Entgelte) weiter.

Im Fall von Revisionen durch das statistische Bundesamt sind für die Ermittlung der Indexstände des jeweiligen Jahres und des Basisjahres die revidierten Werte zum 15. September des laufenden Jahres maßgeblich.

Die neuen Entgelte sind kaufmännisch auf den vollen Cent-Betrag zu runden.

3. Hinsichtlich der dem Auftragnehmer für die Behandlung/Verwertung der aus-
geschriebenen Abfälle entstehenden CO₂-Kosten wird wie folgt verfahren:
<XX>

§ 7

Abrechnung

1. Die Abrechnung des Auftragnehmers mit dem Auftraggeber erfolgt monatlich bis zum 15. Kalendertag des laufenden Monats rückwirkend für den Vormonat (=Abrechnungsmonat).

Im Rahmen der Abrechnung sind das Behandlungs-/Verwertungsentgelt und die CO₂-Kosten jeweils gesondert auszuweisen.

2. Der Auftraggeber ist berechtigt, mit etwaigen Gegenforderungen gegenüber dem Auftragnehmer aufzurechnen. Der Auftragnehmer kann nur mit vom Auftraggeber anerkannten oder rechtskräftigen Forderungen aufrechnen.
3. Zahlungen werden spätestens 14 Tage nach Eingang der prüffähigen Abrechnung bargeldlos geleistet. Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Hingabe oder Absendung des Auftrags an die Post oder das Geldinstitut.

§ 8

Sicherheiten, Bürgschaft

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Erfüllung der Leistungen nach diesem Vertrag entsprechende Sicherheiten i. S. von § 18 VOL/B, nach Maßgabe der folgenden Absätze, zu leisten. Sie erstrecken sich auf die vertragsgemäße Ausführung aller Leistungen einschließlich Abrechnung, Gewährleistung und Schadensersatz sowie auf die Erstattung von Überzahlungen.
2. <XX>

Es wird auf Ziffer 5.3 lit. f) des Verfahrensleitfadens verwiesen.

§ 9

Vertragsstrafen

1. Nachfolgend sind strafbewehrte Pflichtverletzungen aufgeführt:

Nr.	Pflichtverletzung	Höhe der Vertragsstrafe
1	Nichtzertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb im Vertragszeitraum gemäß den Vorgaben	<XX>€ pro angefangenem Monat, höchstens <XX> € pro Jahr
2	Beteiligung an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung i. S. d. GWB in Bezug auf diese Vergabe	bis zu <XX>% derjenigen Netto-Auftragssumme, welche der Auftraggeber bis zu dem Zeitpunkt des Nachweises dieser Beteiligung bereits an den Auftragnehmer als Entgelt gezahlt hat. Mindestens jedoch <XX> €
3	Verletzung der Pflicht zur Schaffung und zum Nachweis eines ausreichenden Versicherungsschutzes und der damit in Verbindung stehenden Mitteilungspflicht gemäß § 5 Abs. 3 dieses Vertrages	bis zu <XX> € pro Einzelfall

4	Beauftragung von Unterauftragnehmern mit der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen ohne die erforderliche Zustimmung des Auftraggebers	bis zu <XX> € pro Einzelfall
5	Nichteinhaltung der Vorgaben zu den Mindestannahmezeiten	bis zu <XX> € pro Tag
6	Überschreitung der maximalen Aufenthaltszeit an der Behandlungs-/Verwertungsanlage gemäß Ziff. 2.2.2 c) der Leistungsbeschreibung	<XX> € pro Anlieferung und angefangener halben Stunde, um die die max. Aufenthaltszeit überschritten wird (gemessen ab der 61. Minute)
7	Unberechtigte Verweigerung der Abfallübernahme und -entsorgung	bis zu <XX> € pro Einzelfall und Tag
8	Nicht erfolgter Nachweis des Ausfallverbundes gem. § 2 Abs. 7 dieses Vertrages	bis zu <XX> € pro angefangenem Monat
9	Unterschreitung des für die auftragsgegenständlich eingesetzten Entsorgungsanlage(n) zugesagten R1-Wertes gemäß § 2 Abs. 8 i.V.m. mit Ziffer 5.4 (3) des Verfahrensleitfadens.	Die Höhe der Vertragsstrafe wird vom Auftraggeber nach billigem Ermessen (in Abhängigkeit von der Höhe der Unterschreitung des zugesicherten R1-Wertes) festgesetzt..
10	Vertragswidriges Verbringen von Abfällen außerhalb der zugesicherten Anlage	Bis zu <XX>

* Bei der Netto-Auftragssumme handelt es sich um den Betrag, der dem Auftragnehmer gemäß der Abrechnung monatlich netto gutzuschreiben ist.

2. Begeht der Auftragnehmer eine oder mehrere vorstehende Pflichtverletzungen, ist der Auftraggeber berechtigt, jeweils eine Vertragsstrafe in der dort genannten Höhe zu verlangen, es sei denn der Auftragnehmer hat die Erfüllung der jeweiligen Pflichtverletzung nicht zu vertreten. Ausgeschlossen sind Fälle höherer Gewalt. Weiter gilt:

Für die Vertragsstrafen nach Absatz 1 Nr. 1, 3 und 8 gilt dies nur, wenn der Auftragnehmer der jeweiligen Pflichtverletzung nicht innerhalb einer angemessenen Frist, die der Auftraggeber ihm gesetzt hat, vollständig Abhilfe schafft.

3. Die Summe der jährlichen Vertragsstrafen nach Absatz 1 ist insgesamt auf 5 % der jährlichen Netto-Auftragssumme begrenzt.
4. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung der Vertragsstrafe auch dann verpflichtet, wenn der Verstoß von einem durch ihn eingesetzten Unterauftragnehmer begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß weder kannte noch kennen musste.
5. Ist eine verwirkte Strafe unverhältnismäßig hoch, so kann sie auf Antrag des Auftragnehmers durch Urteil auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden. Bei der Beurteilung der Angemessenheit ist jedes berechnigte Interesse des Auftraggebers, nicht bloß das Vermögensinteresse, in Betracht zu ziehen.
6. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.
7. Ergänzend finden die §§ 339 bis 345 BGB Anwendung.

§ 10

Verpflichtungen nach dem BSIG

- (1) Der Auftraggeber ist als wichtige Einrichtung im Sinne des Gesetzes über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und über die Sicherheit in der Informationstechnik von Einrichtungen ("BSIG") von der Umsetzungspflicht zur Erhöhung der Cybersicherheit betroffen. Es gelten insofern die Vorschriften gemäß §§ 30 bis 42 BSIG.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber bei der Umsetzung der sicherheitsrelevanten Pflichten unentgeltlich und nach bestem Wissen und Gewissen zu unterstützen. Dies betrifft insbesondere die folgenden Pflichten:

- (a) der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber alle notwendigen Informationen zur Verfügung, damit dieser die notwendigen Risikomanagementmaßnahmen nach § 30 Abs. 2 BSIG im erforderlichen Umfang umsetzen kann.
 - (b) Im Falle von Sicherheitsvorfällen stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber spätestens innerhalb von 24 Stunden alle erforderlichen Informationen zur Verfügung, die der Auftraggeber zur Erfüllung seiner Melde- und Dokumentationspflichten benötigt. Der Auftragnehmer kann sich insofern nicht auf das Geschäftsgeheimnisgesetz berufen, um seine Mitwirkung zu verweigern.
 - (c) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, an der Erfüllung der Nachweispflichten des Auftraggebers mitzuwirken.
 - (d) Der Auftragnehmer verschafft dem Auftraggeber im notwendigen Umfang Zugang zu seinen informationstechnischen Systemen, um der Vergabestelle die Durchführung notwendiger Patch-Maßnahmen zu ermöglichen.
- (3) Die vorstehenden Mitwirkungspflichten des Auftragnehmers nach Abs. 2 lit. a bis lit. d gelten auch gegenüber Dritten, sofern diese als Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers tätig werden.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine informationstechnischen Systeme auf dem neusten Stand zu halten und die geltenden Standards zur Gewährleistung der IT-Sicherheit einzuhalten. Dies betrifft insbesondere die Implementierung eines Informationssicherheits-Managementsystems ("ISMS") mithilfe bestehender Standards (ISO 27001:2022, BSI-Standard 200-1, etc.) sowie die Einhaltung von branchenüblichen Prinzipien wie Security by Design und Security by Default.
- (5) Die Parteien verpflichten sich, bei der Umsetzung ihrer Pflichten zur Gewährleistung der informationstechnischen Sicherheit die vorhandenen Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik ("BSI") zu beachten."

§ 11

Geheimhaltung

Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, auch über den Zeitraum des Vertragsverhältnisses hinaus, die vom anderen Vertragspartner in Textform oder mündlich erhaltenen vertraulichen Informationen und Kenntnisse wie eigene Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und nur für Vertragszwecke zu benutzen. Jeder Vertragspartner ist jedoch berechtigt, in Bezug auf das Vertragsverhältnis externe Prüfer oder Berater einzubeziehen, sofern hierbei die Geheimhaltung gewährleistet ist.

§ 12

Laufzeit des Vertrags und Kündigung

1. Die Vertragslaufzeit beginnt am 01. Juni 2030 und endet am 31. Mai 2045.

Der Vertrag verlängert sich automatisch über den 31.05.2045 hinaus um fünf weitere Jahre (bis zum 31.05.2050), wenn er nicht mit einer Frist von 24 Monaten zum Vertragsende durch den Auftraggeber gekündigt wird.

2. Maßgeblich für die fristgemäße Kündigung ist der Zugang beim jeweils anderen Vertragspartner.
3. Eine fristlose Kündigung ist aus wichtigem Grund möglich. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
 - der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen trotz zweimaliger Abmahnung in Textform nicht nachkommt;
 - der Auftragnehmer einen Insolvenzantrag gestellt hat, über das Vermögen des Auftragnehmers das gerichtliche Insolvenzverfahren eröffnet oder das Insolvenzverfahren mangels Masse nicht eröffnet wird;
 - der jeweils andere Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Vertrag trotz zweimaliger Abmahnung in Textform nicht nachkommt;
 - der Auftragnehmer die erforderliche Genehmigung zur Leistungserbringung verliert;

- durch höhere Gewalt einem der beiden Vertragspartner die Aufrechterhaltung des Vertrages auf Dauer nicht mehr zugemutet werden kann.

Ein wichtiger Grund liegt im Fall eines Anlagenneubaus oder einer umfassenden Sanierung/Ertüchtigung einer vorhandenen Abfallbehandlungsanlage außerdem vor, bei

<XX>

4. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 13

Schlussbestimmungen

1. Alle Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung dieser Schriftformklausel.
2. Sollten einzelne Vertragsbestimmungen rechtsunwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhalts nicht berührt. Die weggefallene Bestimmung ist durch eine Regelung zu ersetzen, die dem Zweck der weggefallenen Bestimmung am nächsten kommt.
3. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Chemnitz (Los 1) / Stollberg (Los 2) / Oelsnitz/Vogtland (Los 3).

§ 14

Rechtsnachfolgeklausel/Sonderkündigungsrecht

<XX>

§ 15

Loyalitätsklausel

Bei Abschluss dieses Vertrags können nicht alle Möglichkeiten, die sich aus der künftigen Entwicklung, aus Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen oder aus sonstigen für das Vertragsverhältnis wesentlichen Umständen ergeben können, vorausgesehen und geregelt werden. Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass für ihre Zusammenarbeit die Grundsätze kaufmännischer Loyalität zu gelten haben. Sie sichern sich gegenseitig zu, die Vertragsvereinbarungen in diesem Sinne zu erfüllen und gegebenenfalls künftigen Änderungen der Verhältnisse unter Heranziehung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben Rechnung zu tragen.

Ort, den

(Auftraggeber)

(Auftragnehmer)